

HEUTE
GROSSAUFLAGE

LIECHTENSTEINER Vaterland

WWW.VATERLAND.LI

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN – VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ, TEL. +423 236 16 16

DIENSTAG, 24. APRIL 2012 | NR. 92 | CHF 2.00



INTERVIEW

Marlies Amann-Marxer über die Initiative zur Abschaffung des Weltrechtsprinzips.

SEITE 7



SPORT

Der FC Vaduz erhielt von der SFL die Lizenz für die beiden höchsten Spielklassen.

SEITE 21



alpenland
verlag

Bücher für Liechtenstein
Feldkircher Strasse 13 · FL-9494 Schaan

Geschädigte Anleger ziehen vor Gericht

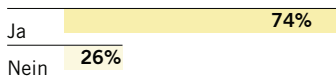
Vaduz. – Nach der erfolgreichen Klage eines geschädigten Anlegers gegen eine Versicherungsgesellschaft mit Sitz in Liechtenstein folgen nun weitere Prozesse. Verschiedene Liechtensteiner Versicherer sollen Produkte der Swiss Select AG verkauft haben, welche sich für die Geschädigten im Nachhinein als denkbar schlechte Anlage erwiesen haben. Rund 30 Klagen sind inzwischen beim Fürstlichen Landgericht eingegangen. Insgesamt sollen die Ansprüche der Anleger im dreistelligen Millionenbereich liegen.

SEITE 37

Die Online-Umfrage

Befürworten Sie die Ausweitung der Wildschutzzonen in Liechtenstein, wie es das Amt für Wald, Natur und Landschaft fordert?

www.vaterland.li fragte letzte Woche: **Finden Sie es richtig, dass die Regierung die Einführung einer Quellensteuer für Grenzgänger aus der Schweiz anstrebt?**



(674 Leserinnen und Leser haben geantwortet)

UMFRAGE DER WOCHE
www.vaterland.li

Am Puls der Märkte: Mit der LLB Quotes App

Jetzt kostenlos für das iPhone verfügbar: www.llb.li/app

Liechtensteinische Landesbank

HEUTE

Die Zweite	2
Inland	3-11
Persönlichkeiten	12
Ausland	17
TV-Programme	19
Boulevard	20
Sport	21-27
Kultur	33-35
Wirtschaft	37-39
Die Letzte	40

MEHR FOTOS ZU DEN BEITRÄGEN
www.vaterland.li

Vaduzer Medienhaus AG
Liechtensteiner Vaterland
Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz
Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17
E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li
E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li
E-Mail Abo: abo@vaterland.li
E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li



FBP gefährdet Sicherheit der AHV

Ab dem 1. Januar 2018 besteht keine gesetzliche Basis mehr, aufgrund derer ein Staatsbeitrag an die AHV entrichtet werden kann. Die FBP will die AHV in dieser Unsicherheit hängen lassen, die VU will Planungssicherheit schaffen.

Von Günther Fritz

Vaduz. – In dieser Woche hat der Landtag eine von der VU-Fraktion eingebrachte Gesetzesinitiative zur Schaffung der Planungssicherheit für die AHV zu behandeln. Damit soll der von der FBP erwirkte und mit 13 Stimmen bei 23 Anwesenden durchgekommene Landtagsbeschluss vom 20. Oktober 2011 korrigiert werden. Der Landtag hatte damals einem Antrag des FBP-Abgeordneten Manfred Batliner zugestimmt, wonach der Staatsbeitrag an die AHV ab 2018 nicht mehr geregelt ist. Damit möchte die FBP den politischen Druck aufrechterhalten und sicherstellen, dass die AHV in den kommenden Jahren saniert wird.

«Wenig verantwortungsvoll»

Peter Wolff, Verwaltungsratspräsident der AHV-IV-FAK-Anstalten, kritisiert diesen Landtagsbeschluss von Anfang an. So erklärte er in einem «Vaterland»-Interview Ende Oktober 2011: «Wenn der Landtag einen im Grunde genommen vernünftigen Vorschlag der Regierung in dieser verunstalteten Form verabschiedet, muss er selber dafür sorgen, dass diese schiefe Situation wieder begradigt wird.» Auch im AHV-Geschäftsbericht 2011 verurteilt Peter Wolff den vom Land-



Der AHV-Staatsbeitrag ist ab 2018 nicht mehr geregelt: Nach Ansicht des AHV-Verwaltungsrates ist diese Vorgangsweise «wenig verantwortungsvoll». Bild Archiv/Daniel Schwendener

tag mit knapper Mehrheit abgesegneten FBP-Antrag: «Nach Ansicht des Verwaltungsrates ist dies eine wenig verantwortungsvolle Vorgangsweise, was auch nicht durch die Erwartung gemildert wird, dass der Gesetzgeber bis zum Jahr 2018 wohl in der einen oder anderen Form wieder einen Staatsbeitrag für die AHV in Kraft setzen dürfte.»

VU für Planungssicherheit

Nach Ansicht von AHV-Verwaltungsratspräsident Peter Wolff erscheint es zudem wenig sinnvoll, «die kurz- und mittelfristig nötige Mitfinanzierung der AHV durch einen angemessenen Staatsbeitrag davon abhängig machen zu wollen, dass zuerst ein alle Eventualitäten berücksichtigendes Konzept für die langfristige finanzielle Sicherheit der AHV vorliegen müsse». Ziel der von der VU-Fraktion einge-

brachten Gesetzesinitiative ist die Wiederherstellung der Planungssicherheit für die AHV. So soll die durch den FBP-Antrag von Manfred Batliner eingeführte zeitliche Beschränkung der Neuregelung des Staatsbeitrags an die AHV auf die Jahre 2015 bis 2017 wieder aus dem Gesetz herausgenommen werden. Laut VU-Initiative soll der entsprechende Artikel, wie von der Regierung ursprünglich vorgeschlagen wurde, wieder lauten: «Der Staat leistet der Anstalt jährlich einen Staatsbeitrag. Dieser beträgt 50 Millionen Franken für das Jahr 2015 (Grundbeitrag). Ab dem Jahr 2016 entspricht der Staatsbeitrag dem der Teuerung angepassten Grundbeitrag des Vorjahres sowie einem Zusatzbeitrag in Höhe von 2 Millionen Franken.»

Trotz Warnungen der AHV hält die FBP an ihrer Hypothese fest, dass die

zeitliche Befristung für die Ausrichtung eines Landesbeitrags das richtige Mittel sei, um für eine nachhaltige Sicherung der AHV sorgen zu können.

FBP lehnt VU-Initiative ab

Durch die VU-Initiative würde nach Ansicht der FBP erheblicher Druck von der Regierung genommen. Dabei handle es sich um die Begehung des einfachsten Weges. Dazu heisst es in einer gestern versandten Pressemitteilung der FBP: «Die blosse Rückgängigmachung des vom Landtag gefassten Beschlusses ist nicht der richtige Weg, um zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten.» Der von der VU-Fraktion eingeschlagene Weg sei falsch und kurzfristig gedacht. Man darf gespannt sein, wie die Mehrheit des Landtags über die langfristige Sicherung der AHV denkt und was ihr die Planungssicherheit der AHV wert ist.

Fürstin Marie feierte Geburtstag



Fürstin Marie von und zu Liechtenstein

Vaduz. – Fürstin Marie von und zu Liechtenstein feierte am 14. April ihren Geburtstag. Anlässlich des Gratulationscoures vom Montag, 23. April, überbrachten Landtagspräsident Arthur Brunhart, Regierungschef Klaus Tschüscher und die weiteren Mitglieder der Regierung der Landesfürstin die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Ebenfalls in den Reihen der Gratulanten befanden sich Erzbischof Wolfgang Haas und Bürgermeister Ewald Ospelt. (ikr) SEITE 5

Krise zwischen Ägypten und Israel

Jerusalem. – Dem ägyptisch-israelischen Verhältnis droht ein weiterer Rückschlag. Ägyptische Versorger teilten am Sonntag mit, das Gas-Lieferabkommen mit dem Nachbarland aufzukündigen. Der israelische Aussenminister Avigdor Lieberman äusserte sich besorgt über den Gas-Stopp. «Die einseitige Aufkündigung des Gasabkommens ist kein gutes Zeichen», sagte Lieberman. «Wir hoffen, dass dieser Streit wie jeder andere wirtschaftliche Streit gelöst werden wird.» Lieberman sagte dem israelischen Radio am Montag, die Wahrung der Friedensvereinbarungen von 1979 seien im «nationalen Interesse» beider Länder. In Ägypten wirft man den Israelis Vertragsbrüchigkeit vor. Das Verhältnis zwischen dem jüdischen Staat und Ägypten hat sich seit dem Sturz Mubaraks massiv verschlechtert. Vor einigen Monaten hatte ein wütender Mob die israelische Botschaft in Kairo gestürmt und eine ernste diplomatische Krise ausgelöst. (sda) SEITE 17

Amtshilfe auch ohne DBA regeln

Bern. – Der Schweizer Bundesrat will die Steuer-Amtshilfe neu auch in Steuerinformationsabkommen regeln. Die Amtshilfe bei Steuerbetrag und -hinterziehung gemäss OECD-Standards wurde bisher in Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) verankert. Steuerinformationsabkommen dagegen sind auf den Informationsaustausch beschränkt. Sie sollen es erlauben, gegenseitige Amtshilfe nach internationalen Standards mit Staaten und Territorien zu vereinbaren, mit welchen die Schweiz kein DBA abschliessen will – zum Beispiel weil kein wirtschaftliches Interesse besteht. Mit welchen Staaten oder Gebieten die Schweiz Steuerinformationsabkommen abschliessen wird, ist noch offen. Mit dem Beschluss, auch solche Abkommen abzuschliessen, komme die Schweiz einer Aufforderung des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch in Steuersachen nach, teilte das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen gestern mit. (sda)

Ospelt-Fleischkäse aus Regalen geräumt

Bendern. – In Holzofen-Fleischkäse der Marke Malbuner sind krankheits-erregende Listerien festgestellt worden. Die Herstellerin ruft deshalb Käufer auf, den Fleischkäse nicht zu essen. Die Migros hat das Produkt aus ihrem Sortiment entfernt. In Liechtenstein und der Region gelangte das kontaminierte Fleisch allerdings nicht in den Verkauf. Die genaue Ursache wird abgeklärt. (sda) SEITE 5



Risch
reinigt
Rohre AG

Isch Not am Ma, am Risch lüt al
0800 077 077